

Reichtum macht arm

Die Ökonomin Brigitte Unger sieht in der ungleichen Verteilung von Einkommen die Hauptursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Für eine Entwarnung sei es noch viel zu früh, solange diese Ursache nicht bekämpft wird.

Interview: Christine Haiden, Foto: Oscar Seijkens

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Unger lehrt Finanzwissenschaft an der Universität Utrecht, Niederlande. Die gebürtige Österreicherin ist eine der wenigen Frauen in diesem Fachbereich.



Sie sagen, die Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist die Ungleichverteilung von Einkommen. Wo ist der Zusammenhang?

Brigitte Unger: Ich sage, solange Einkommen so ungleich verteilt sind wie jetzt zwischen Erster und Dritter Welt, dass die einen 30.000 Euro pro Kopf haben und die anderen 500, fehlt ein Großteil der Nachfrage nach Gütern. Die Vermögen sind zu konzentriert. Zum Beispiel gibt es den Hedgefonds-Manager John Paulson, der in einem Jahr fast vier Milliarden Dollar verdient hat. Die kann er unmöglich für Güter ausgeben, so viel kann kein Mensch für Flugzeuge, Autos und Kaviar ausgeben. Er wird es auch nicht in den realen Sektor investieren, weil er weiß, dass die anderen nicht kaufen können. Die, die Geld ausgeben könnten, haben es nicht, und die, die es haben, können nicht so viel ausgeben.

Das Geld der Reichen wandert nicht in die Realwirtschaft, sondern in die Finanzspekulation.

Was soll der Paulson machen? Er kann das Geld nur wieder in den Finanzsektor buttern. Das ist meiner Meinung nach in den letzten dreißig Jahren passiert. Das hat sich langsam gesteigert, bis auch die Unternehmen selbst lieber in den Finanzsektor gegangen sind, weil sie dort mehr verdienen konnten als durch Investitionen in die Produktion, von der sie nicht wussten, ob jemand die Produkte kaufen wird.

Besonders bittere Auswirkungen hat diese Entwicklung im Bereich der Spekulation mit Nahrungsmitteln, die unmittelbar jene trifft, die kein Geld haben.

Wir haben im Augenblick eine Milliarde Menschen, die hungern. Die wären eine perfekte kaufkräftige Gruppe, wenn man ihr zumindest ein Mindesteinkommen geben würde.

Die ökonomischen Theorien gehen immer davon aus, dass die handelnden Personen rational agieren und deswegen am Ende ein perfektes System steht.

Jeder Einzelne hat rational gehandelt. Die Banken waren rational, indem sie sagten, wir vergeben Kredite an Leute, die ein Haus zur Besicherung haben, auch wenn sie die Kredite nicht zurückzahlen können. Die Kreditnehmer waren rational, indem sie gesagt haben, wir nehmen eine Hypothek auf und wenn wir sie nicht zurückzahlen können, ziehen wir eben aus dem Haus aus. Die Unternehmer waren rational, weil sie gesagt haben, wenn wir auf dem Finanzmarkt mehr Rendite bekommen als in der Realwirtschaft, dann gehen wir in den Finanzmarkt.

Aber alles zusammen ...
... hat etwas Irrationales ergeben.

Warum kulminiert das zur Irrationalität?

Wenn alle rational agieren, ist das keine Garantie, dass das, was langfristig herauskommt, für alle Beteiligten das Beste ist. Das hat die ökonomische Theorie falsch eingeschätzt. Es muss jemanden geben, der steuert, falls das System außerhalb seiner Bandbreite geht. Wenn sich Einkommensverteilungen, Leistungsbilanzen und Staatsschulden zu sehr auseinanderentwickeln, muss jemand schauen, dass das System innerhalb der Bandbreite bleibt. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben momentan die Krise gedämpft, aber sie haben die Ursache nicht beseitigt. Ich glaube nicht, dass wir mit der vorherrschenden Einkommensverteilung der nächsten Krise entgegen können.

Wir haben außerdem schon wieder Spekulationen.

Natürlich, weil gerade nach einer Finanzkrise die Einkommensverteilung noch un-

gleicher wird. Normalerweise profitieren nur einige wenige.

Es gibt massive Kritik, dass die staatlichen Interventionen diesen Prozess befördert haben, dass viel Geld denen zugutekommt, die es ohnehin schon haben.

Es wird eine Frage der Legitimität geben, wenn Banken aus der Patsche geholfen wird, ohne dass sie in irgendeiner Weise zur Verantwortung gezogen werden. Das wird langfristig Probleme schaffen – von Vertrauen oder dass das moralische Verhalten derer, die immer begünstigt werden, noch frecher wird. So gesehen hat man nicht wirklich etwas korrigiert. Man hat etwas gedämpft.

Wie wird es weitergehen?

Es bildet sich gerade eine neue Finanzmarktkrise. Diejenigen, die Geld haben, legen es im Finanzmarktsektor an, die anderen sind schwer verunsichert. Der Sparer weiß nicht, was er mit seinem Geld machen soll. Wenn er es auf das Sparbuch legt, bekommt er keine Prozente, wenn er es anlegt, droht er wieder zu verlieren. Die Leute machen Notausgaben wie eine neue Küche oder eine neue Couch. Das sind aber Zeichen, dass das Vertrauen der kleinen Anleger nicht da ist, Zeichen einer Krise.

Die Politik hat richtige Mittel ergriffen, weil sie die ersten Auswirkungen gedämpft hat, aber sie ist auf halbem Weg stehen geblieben?

Ja, und sie analysiert die wahre Ursache nicht. Selbst der Papst hat die Einkommensverteilung als Ursache genannt, das hat keiner der Wirtschaftspolitiker getan.

Woran liegt das?

Ich glaube, die Einkommensverteilung zu ändern, ist politisch wesentlich anspruchsvoller als zu sagen, wir schnüren ein neues Bankenpaket. Die Lobbygruppe der Banken ist stärker als die der Armen, die nicht in den Verhandlungen sitzen. Ich glaube, es wird sich erst dann etwas

ändern, wenn die Politik erkennt, dass es ein Schuss ins Knie ist, wenn man die Einkommensverteilung nicht verbessert. In einer großen Krise verlieren alle.

Wo ist anzusetzen, um die Ungleichverteilung anzugehen?

Innerhalb von Österreich muss das von den Sozialpartnern verhandelt werden.

Sie sehen die Aufgabe der Politik, wieder stärker ein Gegenüber der Wirtschaft zu sein?

Ein Miteinander, nur so kann man Probleme lösen.

Es bleibt aber auch die Frage, wenn sehr viel Geld bei wenigen gebunden ist, wie dieses Geld in den Markt zurückkommt.

Der Ökonom John Maynard Keynes hoffte, das werde freiwillig geschehen. Das war ein frommer Wunsch. Wenn das so wäre, hätten wir kein Problem. Wenn wirklich Reiche sich verantwortlich fühlen für die Gesellschaft, wäre das zu lösen. Ansonsten geht das nur über staatliche Eingriffe wie Steuern, Regulierungen und wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Senkt die Begrenzung von Managergehältern und Bonuszahlungen den Reiz von Spekulationen?

Das hilft sicher ein bisschen. Aber es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich glaube, man müsste massiver eingreifen. Ich war immer eine Vertreterin der Tobin-Steuer, dass man also kurzfristige Finanztransaktionen mit einem halben Prozent zum Beispiel besteuert. So baut man Reibungen ins System ein. Es kostet etwas, wenn man spekuliert, und man muss das so versteuern wie Arbeit. Das würde viel Geld bringen, das man für sozialere Projekte verwenden kann. Manche Maßnahmen können nur Europa oder die G-20 gemeinsam schaffen. Den Welthunger abzuschaffen, würde nicht viel kosten, das könnte John Paulson alleine.

Die Frage der ungleichen Verteilung von Einkommen kann in globalen Konflikten noch sehr bedeutsam werden, meinen Sie?

In dem Sinn: Was wir denen nicht geben, die es brauchen, fehlt uns. Es ist aus Eigeninteresse, nicht aus Gutmütigkeit nötig, Einkommen besser zu verteilen.